



## **Der Spannungsbogen Organisierte Kriminalität, Wirtschaft und Staat in Russland, der Ukraine, Belarus und Moldowa**

**Prof. Dr. Eberhard Schneider**

**Oktober 2012**

### **Zusammenfassung**

---

Beim Vergleich der Länder fällt auf, dass im Korruptionsranking 2011 Moldowa mit Platz 112 besser dastand als Russland sowie Belarus mit Platz 143 und die Ukraine mit Rang 152. Wenn die Rangwerte mit dem Jahr 2010 verglichen werden, ist festzustellen, dass sich Moldowa um sieben Positionen verschlechtert hat. Auch die Ukraine und Belarus haben sich verschlechtert um 18 bzw. 16 Plätze. Lediglich Russland konnte seine Position verbessern, und zwar um 11 Ränge.

Über die Verflechtung der Organisierten Kriminalität (OK) mit dem Staat: Für Russland wurde die „Staatswerdung der Mafia“ festgestellt. Einige Gebiete der Ukraine befinden sich unter der Kontrolle krimineller „Autoritäten“, die diese Regionen mit Hilfe staatlicher Strukturen beherrschen. In Belarus ging – im Gegensatz zu Russland – die alltägliche Korruption zwar zurück, dafür nahm aber die Korruption auf der obersten Ebene zu. In Moldowa bildet sich eine kriminelle Situation wie in den 90er Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion heraus, als die organisierte Kriminalität das Land paralyisierte. Die kriminellen Gruppen teilten Moldowa unter sich auf und operierten ungeniert unter einem politischen Dach und nutzten für ihre Zwecke die Rechtsschutzorgane.

Die OK entsteht in Staaten, die sich in der Transformationsphase des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft befinden. Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der OK versuchen nur deren Symptome zu kurieren, ohne deren Ursachen wirklich anzugehen.

Bei der Bekämpfung von OK, Korruption und Schattenwirtschaft können unabhängige Medien und eine lebendige Zivilgesellschaft helfen, die diese Verbrechen und Missstände aufspüren und öffentlich anprangern. Beides fehlt in den untersuchten Ländern in unterschiedlichem Maße. Und es mangelt schließlich an einer wirklichen politischen Konkurrenz.



## **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

## **Über den Autor dieses Beitrags**

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider, Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen.



*Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider*

### **Anmerkung:**

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Die Studie wurde im Auftrag von German Business Protection GmbH, Berlin, erstellt .



## ANALYSE

### Russland

#### *Umfang von Korruption, Organisierter Kriminalität und Schattenwirtschaft*

Im Corruption Perception Index von Transparency International rangierte Russland 2011 auf Platz 143 von 182 mit einem Score von 2,4 (zwischen 0 für hochkorrupt und 10 für nicht korrupt).<sup>1</sup> Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum am 17. Juni 2011 in St. Petersburg erklärte der damalige Präsident Dmitrij Medwedew „Die Korruption raubt Russland den Atem.“<sup>2</sup>

Das russische Wirtschaftsministerium schätzte die im Jahr 2010 in Russland gezahlten Korruptionsgelder auf insgesamt 164 Mrd. Rubel (4,1 Mrd. €).<sup>3</sup> Der unabhängige Moskauer Think Tank INDEM, der von Georgiy Satarov gegründet wurde und heute noch geleitet wird und der sich mit der Untersuchung der Korruption in Russland einen internationalen Namen gemacht hat, schätzt die Korruptionskosten in Russland für 2012 viel höher ein, auf 300 bis 500 Mrd. \$, was etwa einem Viertel bis zu einem Drittel des russischen BIP entspricht.<sup>4</sup> Bezogen auf die gesamten Businesskosten in Russland machten laut einer INDEM-Studie im Jahr 2006 die Korruptionskosten 20 % bis 30 % aus.

Laut der III. Evaluationsrunde vom März 2012 der Group of States against Corruption (GRECO) des Europarats, der Russland 2007 beigetreten war, wurden im Jahr 2010 13.581 Korruptionsverbrechen zur Anzeige gebracht. 5.757 Personen wurden verurteilt.<sup>5</sup>

In einem Interview erklärte der ehemalige Polizeigeneralmajor und Leiter von INTERPOL in Russland, Wladimir Owtschinskij, in der Zeitung „Moskowskij Komsomolez“ am 29. Juni 2011, dass es nirgendwo auf der Welt die Organisierte Kriminalität (OK) in einem solchen Ausmaß gebe wie in Russland.<sup>6</sup> Noch niemals habe die OK so viele Vertreter in den offiziellen Strukturen gehabt wie jetzt. Es gebe keine einzige Struktur, die davon nicht betroffen sei, weder die Regierung, noch die Ministerien, noch der Apparat der Gouverneure oder der Bürgermeister. Den Spitzenplatz würden dabei die Silowiki einnehmen, d.h. die Angehörigen der Machtapparate Innenministerium, Geheimdienst und Militär. Selbst in den bösen 90er Jahren seien die Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane nicht in so großem Maße von der OK herangezogen worden. Als konkretes Beispiel nannte er die Staatsanwälte des Gebiets Moskau, die das „Dach“, d.h. den Schutzschirm, bildeten für illegales Glücksspiel. Sie seien nicht nur korrupt gewesen, sondern richtige Banditen.

Als weiteren Fall nannte Owtschinskij den ehemaligen Staatsdumaabgeordneten der Fraktion der regierenden Partei „Einiges Russland“, den Geschäftsmann Wadim Maljakow, der die Bratsker OK-Gruppe führte. Der Initiator von befohlenen Morden sei der Leiter der Inneren Verwaltung, also der Polizeiverwaltung von Bratsk,

<sup>1</sup> <http://cpi.transparency.org/cpi2011/results/>

<sup>2</sup> <http://www.kremlin.ru/news/11601>

<sup>3</sup> <http://www.kommersant.ru/doc/1660093>

<sup>4</sup> Testimony of David Cramer, President of Freedom House, before the United States House Committee on Foreign Affairs, 12. März 2012.

<sup>5</sup> [http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/Greco/evaluations/round3/GrecoEval3\(2011\)6\\_RussianFed\\_One\\_EN.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/Greco/evaluations/round3/GrecoEval3(2011)6_RussianFed_One_EN.pdf)

<sup>6</sup> <http://www.mk.ru/politics/russia/interview/2011/06/28/601169-tandem-qosudarstva-i-mafii.html>



Wladimir Utwenko, gewesen. Die Morde hätten Polizisten und Banditen ausgeführt. Koordiniert worden sei alles vom Abgeordneten der nationalistisch-populistischen „Liberal-demokratischen Partei Russlands“ Alexander Sagorodnew. Inzwischen vollziehe sich die „Staatswerdung der Mafia“, denn die Mafiastrukturen würden unterdessen anfangen, die realen Leitungen zu ersetzen.

Owtschinskij führte weiter aus, dass die OK mittlerweile ganz Russland in Clans aufgeteilt habe, an deren Spitze jeweils eine kriminelle „Autorität“ stehe. Diese Entwicklung sei gefährlich, denn einen Kriminellen könne man zur Verantwortung ziehen, aber einen Clan zu zerstören sei sehr schwierig, denn er werde von einer äußeren Hülle geschützt, die aus Ärzten, Ökonomen und Lehrern besteht.

Owtschinskij beklagte, dass die 1988 gegründete Spezialeinheit des Innenministeriums zur Bekämpfung der OK 2008 aufgelöst wurde. Viele Akten seien verloren gegangen, so dass in Russland 80.000 aktive Mitglieder von OK-Gruppen unkontrolliert herumlaufen könnten.

Auf der Sitzung des von Medwedew 2008 bald nach seiner Vereidigung als Präsident geschaffenen Anti-Korruptionrats am 13. Januar 2011 stellte der Leiter des Ermittlungskomitees bei der Generalstaatsanwaltschaft, Alexander Bastrykin, fest, dass 2010 mit 43 % die häufigsten Korruptionsfälle auf die Rechtsschutzorgane entfielen. Von den 2010 wegen Korruption angeklagten 6.000 Personen waren mit 34 % die meisten bei den Rechtsschutzorganen tätig, beim Innenministerium, bei der Staatsanwaltschaft und beim Ermittlungskomitee. Der oberste Ermittler nannte auch absolute Zahlen: 2010 wurden 120 Ermittler angeklagt, 12 Staatsanwälte, 48 Rechtsanwälte, 8 Mitglieder von Wahlkommissionen, 214 kommunale Abgeordnete, 310 Mitarbeiter kommunaler Selbstverwaltungsorgane, 11 Abgeordnete von regionalen Parlamenten und ein Staatsdumaabgeordneter.<sup>7</sup>

Am 1. Februar 2010 druckte die Wochenzeitung „Nowoe wremja“ („Neue Zeit“) den Brief von zehn Fähnrichen und Sergeanten des 2. Bataillons der in Moskau stationierten Spezialtruppen des Innenministeriums OMON an ihre Vorgesetzten im Innenministerium ab, weil diese bisher auf ihre Beschwerden nicht reagiert hatten und sie keinen anderen Weg mehr sahen, auf diese Missstände aufmerksam zu machen. In dem Brief werfen sie ihrem Kommandeur, Oberst Sergej Jewtikow, vor, dass er seine Leute für Wachdienste bei Unternehmern einsetzt und ihnen nur 10 % des Geldes auszahlt, das er von den Unternehmern dafür bekommt.<sup>8</sup> Außerdem wurden sie zu Raider-Aktionen (Zerschlagung einer konkurrierenden Firma, die nicht verkaufen wollte) gegen Bezahlung eingesetzt. Bei solchen Aktionen ist es üblich, dass mit einem „Gasel“-Mannschaftswagen das Tor eingefahren wird, die Türen eingetreten werden, alle Personen weggeschafft werden und die Computertechnik geplündert wird. Anschließend sichert die OMON-Einheit das Gelände, bis sich ein neuer Besitzer findet.

Zu Nebeneinkünften versuchen Mitglieder des Inlandsgeheimdienst FSB zu kommen, indem sie von Geschäftsleuten Geld erpressen. Sie leiten z.B. unbegründete Ermittlungsverfahren ein und erklären sich gegen entsprechende Bezahlung bereit, diese dann zu einer Bagatelle herunterzustufen und einzustellen.<sup>9</sup>

In Russland betrug die Schattenwirtschaft 2010 nach Aussage des Chefs der russischen Statistikbehörde, Alexander Surinow, 16 % des BIP, wobei illegale Tätigkeiten wie Prostitution, illegaler Drogenhandel, Pornographie und Markenpiraterie nicht mit eingerechnet sind. In der Schattenwirtschaft sind schätzungsweise 13 Mio.

<sup>7</sup> [www.news.kremlin.ru/transcripts/10067](http://www.news.kremlin.ru/transcripts/10067)

<sup>8</sup> [http://newtimes.ru/articles/detail/14721?phrase\\_id=256257](http://newtimes.ru/articles/detail/14721?phrase_id=256257)

<sup>9</sup> <http://www.novayagazeta.ru/politics/2080.html>

Menschen beschäftigt, das sind 17 % bis 18 % der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung.<sup>10</sup> Der Schattencharakter dieser Wirtschaftstätigkeit besteht darin, dass sie an den Steuerbehörden vorbei betrieben wird und dass oft graue Löhne bezahlt werden. Zudem ist bei russischen Geschäftsleuten festzustellen, dass sie dazu neigen, auch bei Geschäften mit Ausländern Verträge über Drittfirmen zu konstruieren, um so gesetzliche Anforderungen zu umgehen.

### ***Korruptionsmethoden und deren Anwendungshäufigkeit***

In der Liste der Weltbank für Doing Business nimmt Russland im Ranking von 183 Volkswirtschaften 2012 den Platz 120 ein, um vier Stufen besser als 2011. Um ein Geschäft beginnen zu können, sind neun Verwaltungsakte erforderlich, die 30 Tage dauern.<sup>11</sup>

Eine Befragung von schwedischen Firmen 2007 ergab, dass bei allen drei Formen, in denen ausländische Firmen in Russland tätig sind, also bei Export, Joint Venture und Direktinvestment, Korruption im Spiel sein kann. Mit Korruption hatten 25 % der Befragten während des Zulassungsverfahrens zu tun und 42 % während ihrer Geschäftstätigkeit.<sup>12</sup>

Eine Befragung von CEOs, Direktoren und Inhabern von 33 russischen und internationalen Firmen in Russland über die Korruptionspraktiken und die Häufigkeit ihrer Anwendungen auf der regionalen Ebene ergab, dass von fünf Methoden gesprochen werden kann.<sup>13</sup>

Die „Dinosaurier“-Methode stammt noch aus der Entstehungszeit der Marktwirtschaft in den Jelzin-Jahren und besteht in der Zahlung sehr hoher Summen.

Table 1: „Dinosaurier“-Fälle

Practice	Systematically	Sometimes	Never
Extorting favors from job candidates	0	0	33
Leasing company facilities, offices, and equipment for personal income	0	3	30
Paying exorbitant board of directors' fee to cronies	0	4	29
Extortion of bribes by regional officials	2	4	27

<sup>10</sup> RIA Novosti, 01.04.2011.

<sup>11</sup> <http://doingbusiness.org/data/exploreconomies/russia/>

<sup>12</sup> Gyllenstedt, F./Kuprienko, S./Sjölander, F., The Impact of Corruption on Entry Strategy: A Study of Swedish Companies in Russia. Jönköping 2008. (=Jönköping International Business School).

<sup>13</sup> Ledevana, Alena/Shekshnia, Stanislav, Doing Business in Russia: Informal Practices and Anti-Corruption Strategies. Paris 2011 (=Russie. Nei. Visions № 58).

Bei der „Predator“-Methode werden den regionalen Inspektoren von Feuer- und Steuerpolizei sowie Zollbediensteten Extragelder gezahlt.

Tabelle 2: „Predator“-Fälle

Practice	Systematically	Sometimes	Never
Bribing representatives of regional control and enforcement bodies – fire inspections, police, customs, etc.	7	13	11 <sup>14</sup>
Extortion by the regional control and enforcement bodies – fire inspections, police, customs, etc.	5	24	4
Use of “telephone law” – informal pressure from federal and regional officials	3	16	17
Pressure from regional governments to finance their pet projects and programs	2	16	15
Paying for tax and other inspections with pre-agreed results	0	7	26

Die „Back Cash“-Methode bezeichnet die Bezahlung von besonderen Diensten.

Tabelle 3: „Black Cash“-Fälle

Practice	Systematically	Sometimes	Never
Paying for mass media coverage	7	21	5
“Buying” court decisions	5	7	21
Payment of cash salaries and bonuses to avoid social charges	4	8	21
Paying or providing services (trips abroad, medical etc.) to the members of a regional executive body	3	13	17
Paying prosecutors or police to open or close criminal investigations	2	8	23
Subsidies and tax allowances from regional authorities	2	9	22
Paying or providing services (trips abroad, medical etc.) to the members of a regional legislative body	0	9	24

<sup>14</sup> Zwei Personen hatten den Fragebogen hier nicht ausgefüllt.

Nach der „Rat“-Methode werden Firmendienstleistungen für private Zwecke zur Verfügung gestellt.

Tabelle 4: „Rat“-Fälle

Practice	Systematically	Sometimes	Never
Regional managers receiving kick-backs or other informal rewards (for example, expensive gifts) from vendors, suppliers, buyers	1	19	13
Selecting winners of open tenders on the basis of informal relationships and agreements	1	16	16
Heads of regional subdivisions using company funds to buy expensive cars, telephones, to pay for travel, etc.	0	18	15

Die „Penguin“-Methode nutzt informelle Connections und langlebige Verbindungen.

Tabelle 5: „Penguin“-Fälle

Practice	Systematically	Sometimes	Never
Using company employees for personal needs (assisting family members, building and repairing houses, arranging trips and leisure activities)	1	26	6
Conflict of interest of regional managers, employing relatives, hiring affiliated vendors	1	25	7
Use informal ties and networks to secure government orders, contracts and loans from state-owned banks	4	16	13

In der Wirtschaft sind für mafiöse und Korruptionsaktivitäten vor allem die Rohstoffbranchen interessant, hier besonders Öl und Gas, aber auch die Eröffnung von Filialen von Handelsketten und Mobilfunkunternehmen. Probleme, die ausländische Firmen in Russland haben, ergeben sich nicht selten aus der unterschiedlichen Interpretation von Gesetzen, aus der Rolle, welche die staatlichen Verwaltungen spielen und hängen mit falschen persönlichen Netzwerken zusammen, die sich ausländische Firmen in Russland gesucht haben, in die sie hineingeraten sind oder die ihnen aufgedrängt wurden.

Die Probleme mit Gesetzen resultieren oft daraus, dass Gesetze manchmal sehr schnell geändert werden. Sie können auch selektiv angewandt werden. Und sie werden von ausländischen Unternehmen gelegentlich miss-



verstanden, z.B. bei Production-Sharing Agreements, wenn es um die Aufteilung der Gewinne zwischen dem Staat und dem Unternehmen geht.<sup>15</sup>

Das „Business“ des Bürokraten, für das er sich bezahlen lässt, damit es nicht zum Einsatz kommt, besteht aus folgenden „Geschäftsfeldern“<sup>16</sup>:

1. Rechnungsprüfungen: Der Beamte prüft das Unternehmen, stellt Gesetzesverletzungen fest und kann negative Maßnahmen ergreifen.
2. Administrative Prozeduren (Erlaubnisse, Lizenzen, Bestätigungen): Es werden Hindernisse aufgebaut gegen die normale Weiterführung ihres Business.
3. Nachteilige Vorschriftenanwendung: Der Bürokrat fällt im Interesse einer bestimmten Gruppe oder Wirtschaftsbranche oder in seinem eigenen Interesse Entscheidungen, die bestehende Vorschriften ausweitend anwenden, die dann das bestimmte Business in seiner Branche oder in einem Gebiet beschränken oder eliminieren. Z.B. werden auf einmal in letzter Minute vor der Unterschrift neue Passagen, die vorher nie besprochen wurden, in den Vertragstext eingefügt. Oder auf einmal wird ein größerer Abstand eines mobilen Standes für den Verkauf von Mobiltelefonen zur Metrostation verlangt usw. Solche ausweitende Anwendung von Vorschriften wird nur dort praktiziert, wo der Bürokrat die Umsetzung dieser Entscheidungen, die er fällt, auch kontrollieren kann, also im regionalen und lokalen Bereich.

Bestechungsgelder werden von ausländischen Firmen manchmal auch gezahlt, um zu erreichen, dass ein russischer Beamter legale Aktivitäten schneller durchführt. Das hat allerdings bei diesen Beamten unter Umständen die „Nebenwirkung“, dass er die Verwaltungsvorgänge weiter verlangsamt, um so den Anreiz für die „Beschleunigungsbestechung“ zu erhöhen. Um eine Baugenehmigung in Russland zu bekommen, sind beispielsweise 53 Verwaltungsakte erforderlich.<sup>17</sup>

Dass die administrativen Genehmigungsvorgänge in den verschiedenen Regionen unterschiedlich schnell und kompliziert ablaufen, liegt an der jeweiligen regionalen und lokalen Bürokratie. Das hängt davon ab, ob die Bürokratie eher die Interessen der Stadt und der Region im Auge hat oder ihre eigenen.

Je erfolgreicher das Business einer Firma ist, umso größer wird unter Umständen das Risiko, die Firma zu verlieren. Der Bürokrat ist dann nicht mehr damit zufrieden, ein Stück Kuchen vom Firmengewinn abzubekommen, denn sein Appetit wächst. Er will die ganze Firma. Oder eine Konkurrenzfirma bietet dem Bürokraten mehr Geld mit dem Auftrag, die Firma vom Markt verschwinden zu lassen. Wenn der Bürokrat dann Schwächen der Firma kennt, ist es für ihn ein Leichtes, den Auftrag der Konkurrenzfirma auszuführen.

Geht ein Unternehmer vor Gericht, muss er bedenken, dass die Richter auf der örtlichen Ebene, wo die meisten Prozesse erst einmal stattfinden, alle möglichen Wohltaten von den kommunalen staatlichen Organen erhalten: Wohnung, Grundstücke, Garage. Die Richter vergessen das nicht, auch nicht, wer sie ernannt hat.<sup>18</sup>

<sup>15</sup> Denisova-Schmidt, Elena, Korruption und informelle Praktiken im russischen Geschäftsleben, in: Russland-Analysen. Bremen, Nr. 210 vom 19.11.2010, S. 8.

<sup>16</sup> Satarov, Georgij/Parkhomenko, Sergey/Krylova, Dina/Rostovikova, Yuliya, Business Without Corruption: An Action Guide. Moskau 2007, S. 8.

<sup>17</sup> Denisova-Schmidt a.a.O. S. 9.

<sup>18</sup> <http://city-fm.ru/news/show/100431180.html>





Zur Bekämpfung der Korruption hat Medwedew acht Monate nach seiner Präsidentenvereidigung ein Anti-Korruptionsgesetz verabschieden lassen. Dieses neue Anti-Korruptionsgesetz vom 8. Dezember 2008 verpflichtet in Artikel 8 die Spitzenbeschäftigten des Staates und der Kommunen sowie die Staatsdumaabgeordneten, ihrem Arbeitgeber ihre Einkünfte und ihre Vermögenswerte anzuzeigen. Und nicht nur ihre eigenen, sondern auch diejenigen ihrer Ehefrauen und ihrer nicht volljährigen Kinder.<sup>19</sup>

In seinem letzten Bericht zur Lage der Nation vor den beiden Parlamentskammern als Präsident schlug Medwedew am 22. Dezember 2011 vor, die Liste von Personen, deren Einnahmen obligatorisch offengelegt werden müssen, zu erweitern. Außerdem hielt er es für richtig, „die Kontrolle der Einnahmen der Staatsbeamten in denjenigen Fällen einzuführen, in denen die Ausgaben dieser Personen mit deren Einnahmen definitiv nicht im Einklang stehen“.<sup>20</sup>

Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg kündigte Premier Waldimir Putin am 21. Juni 2012 an, einen Ombudsmann beim Präsidenten zum Schutz der Rechte der Unternehmer einzurichten.<sup>21</sup> Zum Ombudsmann ernannte er den Vorsitzenden des Verbandes der kleinen und mittleren Unternehmer, Boris Titow. Bis Anfang Dezember 2012 muss ein entsprechendes Gesetz verabschiedet sein, das dem Ombudsmann ein Budget und Personal zuweist.

Zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen hat die russische Außenwirtschaftsbank zusammen mit der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau einen gemeinsamen Fond geschaffen mit einem Volumen von 900 Mio. \$, in den die russische Seite 150 Mio. \$ einbringt.<sup>22</sup> Im Rahmen der deutsch-russischen Regierungskonsultationen im November 2012 soll er unterzeichnet werden. Aus Mitteln dieses Fonds sollen in den kommenden vier Jahren Projekte unterstützt werden, die eine Größenordnung von 150 Mio. bis zu 1 Mrd. \$ haben.

### **Unpräzise Strafgesetze**

In Russland gibt es eine Reihe von Gesetzen, die das Unternehmertum beeinträchtigen. So wäre Artikel 159 zu modernisieren, nach dem jedes Jahr 40.000 Personen verurteilt werden. In diesem Artikel ist der Straftatbestand des Betrugs sehr allgemein formuliert. Es müsste nach Ansicht des St. Petersburger „Instituts für Probleme der Rechtsanwendung“ der Straftatbestand des Betruges detaillierter formuliert werden wie z. B. als Bankbetrug, Baubetrug usw. und mit unterschiedlich langen Strafen belegt werden. Von 2000 bis 2010 ist der Anteil des Betrugs unter den Wirtschaftsverbrechen von 33,6 % auf 56,8 % angewachsen.<sup>23</sup> Außerdem sollte bei Wirtschaftsverbrechen *nur* derjenige klagen, der sich betrogen fühlt, und nicht auch die Rechtsschutzorgane. Schließlich sollte eine Amnestie für Wirtschaftsverbrechen erlassen werden, wodurch 10.000 Häftlinge freikämen und bei 120.000 die Strafe auf Bewährung ausgesetzt werden könnte. Es wäre auch gut, wenn eine Einrichtung zum Schutze der Unternehmer geschaffen würde. Überhaupt sollte im Strafgesetzbuch das gesamte Kapitel über Wirtschaftsverbrechen neu geschrieben werden.

Inzwischen hat das Oberste Gericht in die Staatsduma einen Gesetzentwurf eingebracht, der Artikel 159 präzisieren wird durch Hinzufügung eines zweiten Absatzes, in dem der Straftatbestand des Betrugs differenziert

<sup>19</sup> <http://document.kremlin.ru/doc.asp?ID=49786&PSC=1&PT=1&Page=16>

<sup>20</sup> <http://www.kremlin.ru/transcripts/14088>

<sup>21</sup> [http://www.bbc.co.uk/russian/business/2012/06/120621\\_putin\\_st\\_pete\\_forum.shtml](http://www.bbc.co.uk/russian/business/2012/06/120621_putin_st_pete_forum.shtml)

<sup>22</sup> <http://kommersant.ru/doc/2021776>

<sup>23</sup> <http://www.kommersant.ru/doc/1902167>

wird.<sup>24</sup> Im Mittelpunkt steht dabei der Betrug bei Finanzinvestitionen. Am 21. September 2012 billigte die Staatsduma dieses Gesetz in erster Lesung.

### **Vorsichtsmaßnahmen und Empfehlungen**

Die oben erwähnten 33 CEOs, Direktoren und Inhaber von 33 Firmen in Russland wurden auch gefragt, was sie unternehmen, um Korruptionsversuche und Aktivitäten der organisierten Kriminalität abzuwehren.

Tabelle 6: Abwehrstrategien

Strategies	Systematically	Sometimes	Never
Training of managers and regional staff in the internal rules of interaction with their counterparts	16	13	4
Engagement of top management of partner companies in countering unscrupulous actions by their regional representatives	9	21	3
Use of courts to counter unscrupulous actions by regional authorities regulatory agencies	10	15	8
Use of media to counter unscrupulous actions by regional authorities or regulatory agencies	8	12	13
Formal approaches to federal officials to counter unscrupulous actions by regional authorities and regulatory agencies	7	12	14

In Tabelle 6 fällt auf, dass drei Viertel der befragten Firmen vor Gericht geklagt haben und dass 60 % die Medien eingeschaltet haben. Diejenigen ausländischen Geschäftsleute, die eine gerichtliche Auseinandersetzung nicht scheuten, haben letztlich weniger Probleme mit der russischen Bürokratie als diejenigen, die ein Gerichtsverfahren vermeiden wollen. Die russischen Bürokraten kennen die detaillierten gesetzlichen Vorschriften, die ihre Tätigkeit begründen, im Allgemeinen schlecht.<sup>25</sup> Sie machen deshalb Fehler und wollen diese nicht zugeben. Ihre Vorgesetzten werden ihre Untergebenen schützen, auch wenn sie deren Fehler erkennen. Wenn der russische Bürokrat schließlich seine Entscheidung als falsch erkennt, wird er sie meistens korrigieren, denn er möchte kein Verfahren vor Gericht.

Überhaupt ist es für den ausländischen Investor wichtig, die Zusammenarbeit mit den regionalen und örtlichen Beamten möglichst früh zu suchen. Und es ist wichtig für die Firma, die Gesetzeslage sehr gut zu kennen. Oft verlangen die russischen Behörden vom ausländischen Investor die Zusammenarbeit mit einheimischen Part-

<sup>24</sup> [http://rapsinews.ru/legislation\\_publication/20120921/264746272.html](http://rapsinews.ru/legislation_publication/20120921/264746272.html)

<sup>25</sup> Satarov a.a.O. S. 18.



nern, was im Prinzip gut ist, denn nur dieser kennt die verschlungenen Wege, die nötigen Genehmigungen in einer annehmbaren Zeit zu erlangen. Aber dieser Partner muss sehr genau ausgesucht werden, damit man nicht an einen falschen gerät. Denn sonst kann es passieren, dass dieser das Ziel verfolgt, mittelfristig mit Hilfe administrativer Unterstützung die Firma eines Tages voll zu übernehmen.

In Russland ist allerdings – so eigenartig das jetzt klingt - nicht die Korruption das Hauptproblem, mit dem Unternehmen zu kämpfen haben. Von der Korruption sind eher kleine und mittlere Unternehmen in der Industrie und im Dienstleistungsbereich mit bis zu 200 Angestellten betroffen. Ein viel größeres Problem ist – verglichen mit der inzwischen zugenommenen Qualität des Managements in den privaten Firmen – die mangelhafte Kompetenz der regionalen Beamten. Sie erkennen oft nicht die Vorteile von Investitionen und Projekten für ihre Region. Davon muss man sie überzeugen. Damit ist nicht Bestechung gemeint, sondern gute Argumentation.

## **Ukraine**

### ***Umfang von Korruption, organisierter Kriminalität und Schattenwirtschaft***

Im Corruption Perception Index von Transparency International rangierte die Ukraine 2011 auf Platz 152, also noch hinter Russland, mit einem Score von 2,3 (zwischen 0 für hochkorrupt und 10 für nicht korrupt), etwas schlechter als Russland.<sup>26</sup> In der Tabelle der Weltbank für Doing Business ist die Ukraine im Ranking von insgesamt 183 Volkswirtschaften 2012 gegenüber 2011 um drei Plätze auf Rang 152 zurückgefallen.<sup>27</sup>

Die Organisierte Kriminalität ist in der Ukraine organisierter und mächtiger als in Russland. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf Transnistrien in Moldowa, auf Odessa, die Karpaten, auf die Ostukraine, wo die ukrainische mit der russischen Mafia konkurrieren muss, und vor allem auf die Krim. Das Magazin „Forbes“ stufte im Juni 2012 Simferopol als die kriminellste Region der Ukraine ein, gefolgt von Sewastopol, beide liegen auf der Krim.

Tätig ist die Organisierte Kriminalität in den Bereichen Zigarettenschmuggel, Erdöl, Drogen, Autodiebstahl, Geldwäsche, Wertpapiere, Dokumente und Sextourismus. Die ukrainische Mafia ist auch im Ausland aktiv: in den ehemaligen Sowjetrepubliken Russland, Aserbaidschan, Litauen, Lettland, Estland, Kasachstan, Turkmenistan sowie Usbekistan, aber auch in Deutschland, Österreich, Italien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Dänemark, Belgien, Griechenland, Kanada und in den USA.<sup>28</sup>

Auf der anderen Seite sind in der Ukraine auch ausländische kriminelle „Autoritäten“ aktiv. So ziehen beispielsweise tschetschenische „Autoritäten“ jährlich schätzungsweise 10 bis 30 Mio. \$ als Gewinne aus ihren Unternehmen ab, die sie in der Ukraine legalisiert haben. Georgische „Autoritäten“ verdienen am illegalen Menschenhandel.<sup>29</sup> Doch die tschetschenischen und georgischen Mafiagruppen bleiben eher unter sich und arbeiten nicht mit den ukrainischen Gruppen zusammen, die sie als Konkurrenz betrachten.

Der Abgeordnete des Werchowna Rada, des ukrainischen Parlaments, welcher der Partei des früheren Präsidenten Wiktor Juschtschenko angehört, Gennadij Moskal, erklärte im April 2012, dass in der Ukraine das orga-

<sup>26</sup> <http://cpi.transparency.org/cpi2011/results/>

<sup>27</sup> <http://doingbusiness.org/data/exploreconomies/ukraine/>

<sup>28</sup> [http://bratva.hmarka.net/index.php?option=com\\_content&view=article&id=56&Itemid=77](http://bratva.hmarka.net/index.php?option=com_content&view=article&id=56&Itemid=77)

<sup>29</sup> <http://www.bagnet.org/news/ukraine/160840>



nisierte Verbrechen blüht und dass einige Gebiete des Landes sich unter der Kontrolle von kriminellen „Autoritäten“ befinden. Er könne sich nicht erinnern, dass es seit der Unabhängigkeit der Ukraine eine solche Gesetzlosigkeit im Lande gegeben habe. In der Ukraine vollziehe sich eine gefährliche Entwicklung, die darin bestehe, dass die kriminellen „Autoritäten“ bestimmte Gebiete kontrollieren mit Hilfe staatlicher Strukturen wie Gouverneuren, Bürgermeistern und Leitern von Bezirksverwaltungen.

Die Banditen schwingen sich zu wahren Herren des Landes auf. Sie leben in der Ukraine wie im Paradies, in völliger Freiheit. Sogar die Rechtsschutzorgane befinden sich unter der Kontrolle krimineller Strukturen. Selbst Präsident Wiktor Janukowitsch habe das sich im Lande entwickelte organisierte Verbrechen anerkannt, indem er die staatlichen Strukturen aufforderte, sich auf die kriminelle Situation einzustellen.<sup>30</sup> Janukowitsch meinte am 8. Juni 2012, dass der ukrainische Staat durch Korruption jährliche 2,5 Mrd. \$ verliert.<sup>31</sup>

Laut dem EBRD-World Bank Business Environment and Enterprise Performance Survey (BEEPS) vom Januar 2010 rangierte für die im Jahr 2008 befragten 851 Firmen in der Ukraine auf der Rangliste der Probleme mit 68 % die Korruption an zweiter Stelle nach der Steuer (79 %).<sup>32</sup> 16 % der Firmen gaben an, dass Korruption für sie kein Problem ist. In der letzten vorherigen Untersuchung, in der 2005 594 Firmen befragt worden waren, waren es noch 34 %. Das bedeutet, dass innerhalb von drei Jahren die Korruption für mehr als doppelt so viel Firmen zu einem Problem geworden ist. 30 % der Firmen räumten ein, dass sie häufig inoffizielle Gelder zahlen, konkret 26 % (2005: 18 %) der Firmen zahlten Bestechungsgelder an Steuerbeamten, 13 % (2005: 15 %) an den Zoll und 16 % (2005: 14 %) an die Gerichte. Verglichen mit 2005 zahlten 2008 ein Drittel mehr Firmen Bestechungsgelder an Steuerbeamte als drei Jahre zuvor, aber zwei Prozent weniger Firmen an Zollbeamte, jedoch zwei Prozent mehr an Gerichte. Kriminalität war 2008 für 27 % der befragten Firmen kein Problem, 2005 waren es noch 40 %. Innerhalb von drei Jahren ist Kriminalität für 13 % mehr Firmen zu einem Problem geworden.

Die Schattenwirtschaft hatte laut dem Bericht des ukrainischen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel vom 20. August 2012 im ersten Quartal 2012 einen Umfang von 34 % des offiziellen BIP und blieb – verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum – im Umfang unverändert. Das finanzielle Ausmaß der Schattenwirtschaft wird auf jährlich 350 Mrd. Hrywna (rund 35 Mrd. €) geschätzt.<sup>33</sup> Die Korruption ist in der Ukraine schuld daran, dass die Wirtschaft immer stärker in die Schattenwirtschaft abgleitet, so die Vorsitzende des Komitees für Industrie- und Regulierungspolitik der Werchowna Rada, Natalija Korolewskaja, auf der Konferenz der Stiftung „Effektive Verwaltung“ und der Financial Times „Ukraine: Reformen, Konkurrenzfähigkeit, Investitionen“ im September 2010.<sup>34</sup>

Laut einer Monographie der Donezker Nationalen Universität von 2010 sind drei Faktoren für die Herausbildung der Schattenwirtschaft verantwortlich<sup>35</sup>:

- wirtschaftliche: hohe Steuern, Restrukturierung der Wirtschaftstätigkeit, die Finanzkrise, die unvollendete Privatisierung, die Tätigkeit nicht registrierter Wirtschaftsstrukturen;

<sup>30</sup> [http://www.novostimira.com.ua/news\\_18949.html](http://www.novostimira.com.ua/news_18949.html)

<sup>31</sup> <http://news.rambler.ru/10147976/>

<sup>32</sup> [http://siteresources.worldbank.org/INTECAREGTOPANTCOR/Resources/704589-1267561320871/Ukraine\\_2010.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTECAREGTOPANTCOR/Resources/704589-1267561320871/Ukraine_2010.pdf)

<sup>33</sup> <http://gazeta.ua/ru/articles/business/451678>

<sup>34</sup> [http://www.feg.org.ua/en/news/foundation\\_press/262.html](http://www.feg.org.ua/en/news/foundation_press/262.html)

<sup>35</sup> [http://www.rusnauka.com/4\\_SWMN\\_2010/Economics/58689.doc.htm](http://www.rusnauka.com/4_SWMN_2010/Economics/58689.doc.htm)



- soziale: niedrige Einkommen der Bevölkerung, große offizielle und inoffizielle Arbeitslosigkeit, ungerechte Verteilung des BIP;
- rechtliche: unvollkommene Steuergesetzgebung, korrupte staatliche Angestellte und Rechtsschutzstrukturen, mangelhafter staatlicher Mechanismus zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Nach einer Umfrage des Instituts für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften im April 2011 unter 1.200 repräsentativ ausgewählten Personen sind 48 % der Befragten der Ansicht, in einer „Zeit der Diebe und Betrüger“ zu leben. Die führende Rolle in der Ukraine spielt für 40 % der Menschen das organisierte Verbrechen, gefolgt von den Unternehmern (37 %), den Parteiführern (31 %) und den Beamten (30 %).<sup>36</sup>

### **Investitionsrisiken**

Bei Investitionen in ukrainische Immobilien muss bedacht werden, dass in der Ukraine ein effektives und transparentes Registrierungssystem fehlt. Jahrzehntlang herrschte ein Streit zwischen dem Justizministerium und dem Staatlichen Bodenkomitee darüber, wer von beiden das Recht hat, Immobilien zu registrieren. Nun hat das Justizministerium diesen Streit für sich entschieden. Das neue Registrierungsgesetz tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Das zu bildende Ukgosrejeestr, was die ukrainische Abkürzung für Ukrainisches Staatliches Register ist, arbeitet im Rahmen des Justizministeriums.<sup>37</sup>

Das Investitionsklima ist laut der sehr angesehenen ukrainischen Wochenzeitung „Serkalo nedeli“ („Wochen-spiegel“) vom 16. September 2011 für Portfolioinvestitionen in der Ukraine nicht geeignet.<sup>38</sup> Der Investor muss bei Investitionen mit Risiken rechnen, die er in anderen Ländern nicht hat. Diese Risiken bestehen in dem unglaublich komplizierten und ineffektiven Steuersystem, dem Verlust der Konkurrenz unter Mitwirkung staatlicher Organe auf der Seite einzelner Marktteilnehmer, dem Wegfall von Investitionen aus ungesetzlichen Gewinnen usw.

Außerdem ist die ukrainische korporative Gesetzgebung einmalig in ihrer Ineffektivität. Sie schützt nicht den Aktionär, sondern das Missmanagement. Die kontrollierenden Aktionäre können nicht sicher sein vor Exzessen von Seiten der Manager und vor Erpressungen der kleinen Aktionäre. Hinzu kommt, dass der ukrainische Manager seinem Partner nicht traut und Firmenzusammenlegungen vermeidet aus der panischen Angst, dann die Kontrolle über die Gesellschaft zu verlieren.

### **Anti-Korruptionsmaßnahmen**

Nach dem Report über die Evaluierung der Ukraine vom Oktober 2011 der Group of States against Corruption des Europarats, der die Ukraine im Januar 2001 – noch ein Jahr früher als Russland – beigetreten war, wurden in den elf Monaten des Jahres 2010 – die Angaben über Dezember 2011 fehlten – 2.944 Korruptionsstraftaten festgestellt. 774 Personen standen wegen 964 Korruptionsfällen vor Gericht.<sup>39</sup>

<sup>36</sup> <http://www.rosbalt.ru/ukraina/2011/08/03/875685.html>

<sup>37</sup> <http://news.dtkr.ua/show/17143>

<sup>38</sup> [http://zn.ua/ECONOMICS/portfelnyy\\_investor\\_-87973.html](http://zn.ua/ECONOMICS/portfelnyy_investor_-87973.html)

<sup>39</sup> [http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/Greco/evaluations/round3/GrecoEval3\(2011\)1\\_Ukraine\\_One\\_EN.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/Greco/evaluations/round3/GrecoEval3(2011)1_Ukraine_One_EN.pdf)



Im März 2012 ordnete Präsident Janukowitsch das von ihm 2010 geschaffene Antikorruptionskomitee, das bisher nur zweimal getagt hatte, dem Nationalen Rat für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine zu, so dass dessen Sekretär Andrej Kljujew nun auch für die Bekämpfung der Korruption zuständig ist. Am 15. August 2012 ist der Leiter von Transparency International in der Ukraine, Alexej Chmara, aus dem Anti-Korruptionskomitee ausgetreten, weil Janukowitsch am 1. August 2012 ein Gesetz unterschrieben hat, das Korruptionsrisiken enthält. Nach diesem Gesetz (№ 5044-VI), das von der ukrainischen Regierung in die Werchowna Rada eingebracht worden war, müssen staatliche und kommunale Unternehmen bei den Bestellungen von Waren und Dienstleistungen keine Ausschreibungen mehr machen.<sup>40</sup>

Nach dem Report des Anti-Corruption Networks der OECD über das Monitoring der Ukraine vom 8. Dezember 2010 werden dem ukrainischen Staat verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um der Korruption und dem organisierten Verbrechen vorzubeugen.<sup>41</sup> Zugleich ist daraus zu ersehen, wo in der Ukraine die Probleme bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität liegen.

Ein Problem stellt die Vielzahl der Genehmigungsverfahren dar. In der Ukraine gibt es 2.000 zu bezahlende Genehmigungsverfahren von Seiten des Staates sowie staatlicher Betrieben in 49 Branchen. Es existieren 227 Arten von Erlaubnissen, die auf 49 verringert werden sollen. Teilweise sollen sie auch elektronisch erledigt werden können, um auf diese Weise auch Korruptionsgefahren zu verringern.

Die beim Finanzministerium gebildete Kontroll- und Revisionsverwaltung kontrolliert 490 zentrale und 8.390 kommunale Einrichtungen. Im Jahr 2010 wurden 7.047 Inspektionen durchgeführt. 562 kriminelle Taten wurden festgestellt, 88 kamen vor Gericht und 29 wurden verurteilt. 36 administrative Protokolle wurden über Korruptionsvorgänge herausgegeben.

Ein Problem des ukrainischen Gerichtswesens ist dessen unzureichende Finanzierung, was die Anfälligkeit für Korruption nicht gerade verringert. So erhielt das Gerichtswesen im Jahr 2009 nur 22 % der im Budget veranschlagten Mittel, in den Jahren davor waren es 50 %. So wurde den Richtern und dem Gerichtspersonal der Lohn manchmal nur zeitweise ausgezahlt, was die Unabhängigkeit der Gerichte nicht stärkt.

Am 21. Oktober 2011 billigte Präsident Janukowitsch die Anti-Korruptionsstrategie für die Jahre 2011 bis 2015 (Erlass № 1001).<sup>42</sup> Die Hauptelemente dieser Strategie sind:

- Reform des öffentlichen Verwaltungssystems und der administrativen Verfahren;
- Verringerung der für das Business erforderlichen administrativen Verwaltungsakte;
- Gewährleistung der Integrität des öffentlichen Dienstes und der kommunalen Selbstverwaltung;
- Erleichterung des Zugangs von Privatpersonen und juristischen Personen sowie NGOs zu Informationen über öffentliche Vorgänge und die Tätigkeit der Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung;
- Stärkung des Systems für die Nutzung öffentlichen Eigentums und von Budgetmitteln ;
- Stärkung der Anti-Korruptionsevaluation mittels einer Mehrstufenprüfung von Korruptionsrisiken im ukrainischen Recht;
- Mobilisierung der öffentlichen Unterstützung der staatlichen Anti-Korruptionsmaßnahmen;

<sup>40</sup> <http://www.aif.ua/politic/news/51078>

<sup>41</sup> <http://www.oecd.org/corruption/acn/istanbulactionplan/46832397.pdf>

<sup>42</sup> [www.president.gov.ua/ru/documents/14092.html](http://www.president.gov.ua/ru/documents/14092.html)

- Stärkung des Systems von speziell autorisierten Organen;
- Verbesserung der Qualifikation der Richter, Staatsanwälte und des Personals der Rechtsschutzorgane;
- Verhütung von Korruptionsmöglichkeiten in den Rechtsschutzorganen;
- Verschärfung der Haftung für Korruptionsverbrechen;
- Absenkung des Korruptionslevels im Privatsektor;
- Absenkung des Korruptionslevels in Bereichen mit großer Neigung zu hohen Korruptionsrisiken einschließlich des Rechtsschutzbereichs;
- Stärkung der internationalen Kooperation bei der Korruptionsbekämpfung.

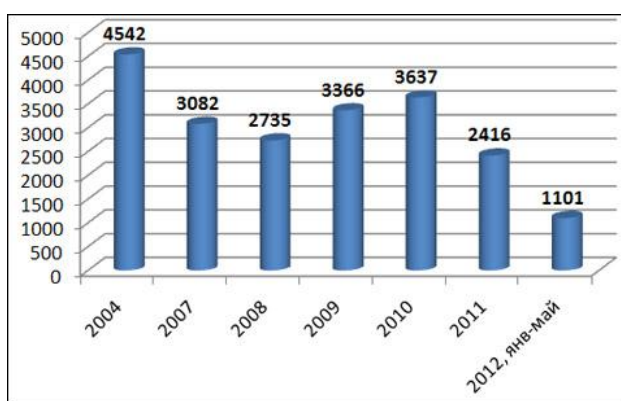
Am 28. November 2011 beschloss die ukrainische Regierung ein Programm zur Vorbeugung gegen Korruption und zu ihrer Bekämpfung für die Jahre 2011 bis 2015.

### Belarus

Im Corruption Perception Index von Transparency International rangierte Belarus 2011 auf Platz 143 mit einem Score von 2,4.<sup>43</sup> Belarus lag somit gleichauf mit Russland und um neun Positionen höher als die Ukraine. Im Jahr 2010 befand sich Belarus auf Platz 127, stand also um 16 Positionen besser da. Innerhalb eines Jahres hat sich das Wirtschaftsklima in Belarus bezüglich der Korruption so verschlechtert! Belarus ist auch erst am 13. Januar 2011 der Group of States Against Corruption (GRECO) beigetreten. In der Tabelle der Weltbank für Doing Business steht Belarus 2012 auf Platz 69, 22 Plätze besser als 2011.<sup>44</sup>

Die Korruption ist auch in Belarus ein Problem. Sie unterscheidet sich gegenüber Russland allerdings darin, dass sie auf der unteren Ebene – also die alltägliche Korruption – in Belarus in geringerem Maße vorkommt als in Russland. Dagegen ist die Korruption auf der obersten Ebene viel größer.

Schema 1: *Registrierte Korruptionsfälle in Belarus 2004-2012*



<sup>43</sup> <http://cpi.transparency.org/cpi2011/results/>

<sup>44</sup> <http://www.doingbusiness.org/data/exploreeconomies/belarus>



Von Januar bis Mai 2012 wurden in Belarus 1.022 Korruptionsfälle registriert, das sind 26,1 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum 2011.<sup>45</sup> Doch wie sieht es auf der obersten Ebene aus? Im Jahr 2009 wurde der Leiter der Abteilung für Finanzüberprüfungen und Stellvertretende Leiter des Komitees für Staatskontrolle, Anatolij Gramwitsch, wegen einer Reihe von Korruptionsvergehen verhaftet und am 15. November 2011 vom Militärgericht verurteilt.<sup>46</sup> Wegen ähnlicher Korruptionsvergehen wurde am 20. Oktober 2010 der Sekretär des „Republikrats der Nationalen Versammlung“, Gleb Berdizkij, verhaftet.<sup>47</sup>

Im Dezember 2011 verteilte das Oberste Gericht von Belarus den ehemaligen Chef der belarussischen Luftwaffe, Igor Lasarenok, zu neun Jahren Haft und Einzug seines Vermögens, weil er aus seinen Entscheidungen persönliche materielle Vorteile gezogen hatte. Unter dem Verdacht des Machtmissbrauchs wurde vom KGB der Stellvertretende Innenminister Jewgenij Poludsen verhaftet.

Im Februar 2012 wurde der ehemalige Direktor der staatlichen Firma „Medplast“, die zum Petrochemiekonzern „Belneftechim“ gehört, wegen der Annahme eines Bestechungsgeldes von 32.000 \$ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Im April 2012 verhaftete der KGB den Stellvertretenden Leiter eines Gefängnisses im Süden von Belarus, weil er einigen Gefangenen bessere Haftbedingungen verschafft hatte, wofür er mit Autos bezahlt wurde. Im Juni 2012 verhaftete der KGB 29 Angestellte des Fleischkombinats von Gomel – eine der größten Fleischkombinate des Landes – und mit ihnen drei Polizeioffiziere, die an der Abzweigung von Gewinnen aus dem Kombinat beteiligt waren.<sup>48</sup>

Mit diesen Verhaftungen und Verurteilungen von hohen Amtsträgern und Topmanagern soll der Bevölkerung signalisiert werden, dass die Korruption entschieden bekämpft wird, ohne Ansehen der Person. Das ist wichtig, weil in Belarus – und nicht nur dort – Staatsbedienstete Gesetze nicht beachten, die Gerichte nicht unabhängig sind und die unterbezahlten Staatsdiener ständig versucht sind, ihre Saläre durch korruptes Verhalten aufzubessern.

Die belarussischen Unternehmer können keine Verbesserung der Situation im Lande hinsichtlich der Korruption feststellen. Den Grund für die hohe Korruption sehen sie in der Benachteiligung der privaten Unternehmen gegenüber den staatlichen Firmen. Das ist das Ergebnis der Befragung von 400 kleinen und mittleren Firmen im April 2012. 54 % der befragten Firmen antworteten auf die Frage, von wem die Initiative zur Korruption ausging, dass es die staatliche Seite war. In 18,2 % der Fälle waren die Geschäftsleute die Initiatoren.<sup>49</sup> Die Bestechung der staatlichen Auftraggeber, um einen Auftrag zu erhalten, kann in zwei Formen erfolgen: durch die vorherige Zahlung von Bestechungsgeld oder durch die nachträgliche „Rückzahlung“ eines Teils der Investitionssumme an den staatlichen Bediensteten.

<sup>45</sup> [http://news.tut.by/economics/298537\\_print.html](http://news.tut.by/economics/298537_print.html)

<sup>46</sup> [http://naviny.by/rubrics/society/2011/11/15/ic\\_articles\\_116\\_175836/](http://naviny.by/rubrics/society/2011/11/15/ic_articles_116_175836/)

<sup>47</sup> [http://borisov-e.info/ru/news/politics/2011/02/28/49995/skandal\\_proizoshel](http://borisov-e.info/ru/news/politics/2011/02/28/49995/skandal_proizoshel)

<sup>48</sup> <http://belarusdigest.com/story/belarus-corruption-wars-9886>

<sup>49</sup> <http://news.tut.by/economics/294276.html>



**Tabelle 7: Formen und Häufigkeit von Bestechung bei Erhalt von Staatsaufträgen in Belarus 2011**

	Häufigkeit absolut	als Schattenwirtschaft %	Häufigkeit der Bestechung %	Häufigkeit der „Rückzahlung“ %
niemals	107	26,8	24,8	25,2
bis 25 %	135	33,8	29,8	24,2
26 - 50 %	58	14,5	13,8	12,8
51 - 75 %	12	3,0	4,2	5,8
mehr als 76 %	6	1,5	3,0	4,5
keine Angaben	82	20,5	24,5	27,5
alle	400	100,0	100,0	100,0

Aus Tabelle 7 ist zu ersehen, dass ein gutes Viertel der befragten Firmen niemals bestochen hat. Ein Fünftel macht keine Angaben, was nicht heißt, dass sie nicht auch bestochen haben. Am häufigsten – bis zu einem Drittel – haben die befragten Firmen bei jedem vierten Staatsauftrag die Staatsbediensteten bestochen, um den Staatsauftrag zu bekommen. Die belarussischen kleinen und mittleren Unternehmer fordern vom Staat neue Antikorruptionsmaßnahmen, denn die bisherigen waren nicht entschieden genug und waren nur von kurzer Dauer.

Die Schattenwirtschaft hatte in Belarus vor der Finanzkrise 2008 einen Umfang von 22,3 % des BIP, vier Jahre vorher waren es noch 28,3 %.<sup>50</sup> Der Rückgang der Schattenwirtschaft um sechs Prozent wird vor allem auf staatliche Maßnahmen zurückgeführt.

In Belarus wird überlegt, ein staatliches Verzeichnis der gewissenlosen Wirtschaftssubjekte anzulegen. Laut Mitteilung des Direktors der Finanzüberprüfung des Staatlichen Kontrollkomitees von Belarus, Grigorij Weremko, vom 1. August 2012 wurden im ersten Halbjahr 2012 157 Wirtschaftsvergehen registriert. Anfällige Branchen sind der Groß- und der Einzelhandel, das Bauwesen und die Exportorganisationen.

Im I. Quartal 2012 sind 3,9 Mrd. \$ in Belarus investiert worden. Von diesen Investitionen entfielen 40,1 % auf Russland, 32,7 % auf Großbritannien, 5,2 % auf Zypern, wobei es sich vielleicht größtenteils um russisches Geld handeln könnte, denn viele russische Firmen sind auf Zypern registriert, und 4,6 % auf Österreich. Mit 43,1 % wurden die meisten Mittel in die Organisation des Handels investiert, gefolgt von den Investitionen in den Transport mit 30,5 % und in die Industrie mit 18,5 %.<sup>51</sup>

Um das Klima für ausländische Investoren zu verbessern, hat Belarus die Bedingungen für die Versicherung der Risiken der ausländischen Investoren geschaffen. Laut Mitteilung des belarussischen Wirtschaftsministers Nikolaj Snopkow hat das belarussische Parlament am 12. April 2012 zwei entsprechende Vereinbarungen ratifiziert, welche die Regierung mit der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) geschlossen hat, der

<sup>50</sup> <http://ekonomika.by/ekonomika-rb/bashlakova-tenevaya-ekonomika-v-belarusi-sostavlyaet-22-2>

<sup>51</sup> [http://naviny.by/rubrics/economic/2012/05/03/ic\\_news\\_113\\_392408](http://naviny.by/rubrics/economic/2012/05/03/ic_news_113_392408)



Belarus seit 1992 angehört.<sup>52</sup> Um eine bemerkenswerte Verbesserung des Investitionsklimas feststellen zu können, ist der Zeitraum noch zu kurz. Die Weltbank und der IWF stellten auf ihrer Jahrestagung vom 9. bis 13. Oktober 2012 in Tokio allerdings den „positiven Einfluss der eingeleiteten Veränderungen auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Landes“ fest.<sup>53</sup>

### Moldowa

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Moldowas behinderte eine fast dreijährige Verfassungskrise, die seit 2009 zu zwei vorgezogenen Neuwahlen führte. Deshalb befand sich das Land jahrelang im Wahlkampf. Die reguläre Legislaturperiode endet Ende 2014/Anfang 2015. Im März 2012 wurde Nicolae Timofti zum Präsidenten gewählt, so dass das Land wieder zu einem einigermaßen geordneten Arbeitsrhythmus zurückkehren kann.

Die innenpolitischen Hauptaufgaben, vor denen das Land steht, sind die Justizreform und die Korruptionsbekämpfung. Außenpolitisch strebt die Regierungskoalition „Allianz für die Europäische Integration“, die im Herbst 2009 antrat, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union an, das mit einem Freihandelsabkommen verbunden ist. Sollte das erreicht werden, könnte das BIP um 5,4 % bis 6,4 % zunehmen. Dieses Wachstum wäre größer, als wenn Moldowa der Zollunion Russland, Belarus und Kasachstan beitreten würde, was Moskau möchte.

Zum Abbau von Korruption in Moldowa könnte auch die Wahl von Jewgenij Schewtschuk zum neuen Präsidenten Transnistriens beitragen. Er löste im Dezember 2011 den seit 1992 amtierenden Präsidenten Igor Smirnow ab. Unter dessen Präsidentschaft wurde Transnistrien laut einem offiziellen Bericht des [Europäischen Parlamentes](#) aus dem Jahr 2002 zu einem „schwarzen Loch“, in dem illegal mit Waffen und Menschen gehandelt und [Geld gewaschen](#) wurde. Der neue Präsident Schewtschuk tritt unter Beibehaltung des Ziels der Unabhängigkeit Transnistriens von Moldowa – im völligen Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger – für Rechtsstaatlichkeit ein. In Transnistrien wurden nach Aussage der Außenministerin, Nina Stanskaja, am 16. Oktober 2012 Reformen in Richtung einer „gerechten Arbitrage, einer Steuergesetzgebung und einer seriösen Senkung der bürokratischen Hürden für die Organisation des Business in Transnistrien“ eingeleitet.<sup>54</sup>

Im internationalen Korruptionsranking von Transparency International ist Moldowa – verglichen mit 2010 – um sieben Plätze zurückgefallen und lag 2011 auf Rang 112 mit einem Score von 2,9<sup>55</sup>, aber immer noch besser als die Ukraine mit 152 und Russland sowie Belarus mit 143. Das Zurückfallen von Moldowa, das im Juni 2011 der Group of States Against Corruption beigetreten war, im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International wird vom German Economic Team Moldau weniger auf eine tatsächliche Verschlechterung zurückgeführt, sondern auf einen offeneren Umgang der Regierung mit dem Problem.<sup>56</sup>

<sup>52</sup> [http://www.belta.by/ru/all\\_news/economics/Belarus-sozdaet-uslovija-dlja-straxovanija-riskov-inostrannyx-investorov---Snopkov\\_i\\_594648.html](http://www.belta.by/ru/all_news/economics/Belarus-sozdaet-uslovija-dlja-straxovanija-riskov-inostrannyx-investorov---Snopkov_i_594648.html)

<sup>53</sup> [http://www.economy.gov.by/ru/news/ob-uchastii-belorusskoj-delegatsii-v-ezhegodnom-zasedanii-sovetov-upravljajuschix-ysemirnogo-banka-i-mezhdunarodnogo-valjutnogo-fonda\\_i\\_000001898.html](http://www.economy.gov.by/ru/news/ob-uchastii-belorusskoj-delegatsii-v-ezhegodnom-zasedanii-sovetov-upravljajuschix-ysemirnogo-banka-i-mezhdunarodnogo-valjutnogo-fonda_i_000001898.html)

<sup>54</sup> <http://www.upmonitor.ru/news/russia/1010650a/>

<sup>55</sup> <http://www.transparency.org/cpi2011/results>

<sup>56</sup> GET Moldau, Newsletter Ausgabe 13 (Juli-August 2012).



Im Doing Business Ranking der Weltbank rangiert Moldowa 2012 auf Platz 81 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 18 Positionen verbessert.<sup>57</sup> Damit liegt Moldowa hinter Belarus mit 69, aber vor Russland mit 120 und der Ukraine mit 152.

Es wird kritisiert, dass die Regierung von Moldowa zur Korruptionsbekämpfung eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen beschlossen hat, dass aber eine umfassende und kohärente Strategie fehlt. Die Ursachen dafür sind nicht nur in der Verfassungskrise und in den Interessengegensätzen innerhalb der Regierungskoalition zu suchen, sondern auch in der „erheblichen Dysfunktionalität von Behörden, in veralteten Vorgaben und Gesetzen sowie im niedrigen Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst“.<sup>58</sup>

Andere sehen in Moldowa seit drei Jahren das Entstehen einer kriminellen Situation wie in den 90er Jahre, als die organisierte Kriminalität das Land paralyisierte. In der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion hatten damals die kriminellen Gruppen das Land in Einflusszonen eingeteilt, sich hunderte von Kämpfern zugelegt, die bis zu den Zähnen bewaffnet waren, eine strenge Hierarchie aufgebaut und mit beispielloser Härte agiert. Die kriminellen „Autoritäten“ jener Jahre operierten unter einem politischen Dach und nutzen ihren starken Einfluss, um die Rechtsorgane herauszufordern. Die demonstrative Kraftlosigkeit der Führung des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaft lässt den Schluss zu, dass die kriminellen Gruppen die Protektion der Politiker besitzen, welche die Rechtsschutzorgane unter dem Dach der regierenden „Allianz für die Europäische Integration“ nutzen.<sup>59</sup>

Die Gesellschaft ist erschrocken über die schnelle Zunahme schwerer und besonders schwerer Verbrechen. Die Menschen befinden sich in einem Zustand der Angst und der Hilflosigkeit und haben kein Vertrauen mehr zu den Organen der Rechtsordnung. Um die Motivation zu erhöhen, hat die Regierung der Polizei viele soziale und finanzielle Privilegien weggenommen, was die Korruptionsanfälligkeit der Polizei nicht verringert. Die ehrlichen Polizisten, die sich nicht korrumpieren lassen wollen, verlassen die Polizei und suchen sich eine andere Arbeit.

Die Schattenwirtschaft machte in Moldowa nach Auskunft des Vorsitzenden der Gewerkschaftsunion, Oleg Budsa, vom April 2012 im Jahr 2011 4,7 Mrd. Leu (395 Mio. \$) oder 45 % des BIP aus.<sup>60</sup> In ihr waren 12,7 % aller Beschäftigten tätig, 2 % mehr als 2008.

Die Schattenwirtschaft wird hauptsächlich so durchgeführt, dass der Beschäftigte in Moldowa – und nicht nur dort – nur einen kleinen Teil seines Lohnes vom privaten Arbeitgeber offiziell ausgezahlt bekommt. Den Rest erhält er in einem Briefumschlag. Das bedeutet, dass über diese Lohnsumme nichts im Arbeitsvertrag steht. Wenn es der Firma schlecht geht, bekommt er keinen Umschlag. Er hat auf diesen Lohnanteil keinen Rechtsanspruch und muss diese Lohnminderung dann hinnehmen.

Laut der Erklärung des Stellvertretenden moldawischen Arbeitsministers, Sergej Santschuk, ist bis zum Jahr 2016 vorgesehen, die Lohnzahlung im Briefumschlag für Arbeit, die nicht in den Büchern erfasst ist, um zwei Prozent zu verringern. Außerdem wurde im Juli 2012 der garantierte Minimallohn um 200 Leu (rund 12 €) auf 1.300 Leu (80 €) erhöht.

<sup>57</sup> <http://www.doingbusiness.org/data/exploreeconomies/moldova>

<sup>58</sup> GET Moldau, Newsletter Ausgabe 13 (Juli-August 2012).

<sup>59</sup> <http://ava.md/politics/015859-zayavlenie-partii-kommunistov-respubliki-moldova-o-kriminogennoi-situacii-v-strane.html>

<sup>60</sup> <http://www.newscom.md/rus/tenevaya-ekonomika-moldovi-dostigaet-4-7-mlrd-leev-nkpm.html>



Nach Mitteilung der moldawischen Nationalbank gingen – verglichen mit dem ersten Quartal 2011 – die ausländischen Investitionen im ersten Quartal 2012 um die Hälfte auf 29,11 Mio. \$ zurück. Aus dem Land flossen im ersten Quartal 2012 41,18 Mio. \$ ab, 60,5% mehr als im ersten Quartal 2011.<sup>61</sup>

### Fazit

Beim Vergleich der Länder fällt auf, dass im Korruptionsranking 2011 Moldowa mit Platz 112 besser dastand als Russland sowie Belarus mit Platz 143 und die Ukraine mit Rang 152. Wenn die Rangwerte mit dem Jahr 2010 verglichen werden, ist festzustellen, dass sich Moldowa um sieben Positionen verschlechtert hat. Auch die Ukraine und Belarus haben sich verschlechtert um 18 bzw. 16 Plätze. Lediglich Russland konnte seine Position verbessern, und zwar um 11 Ränge.

Wenn die Aussagen von Politikern des jeweiligen Landes über die kriminelle Situation herangezogen werden, dann ergibt sich ein erschreckendes Bild. Nach der Interviewäußerung des ehemaligen Polizeigeneralmajors und Leiters von INTERPOL in Russland, Wladimir Owtschinskij, vom Juni 2011, so gibt es nirgendwo auf der Welt die Organisierte Kriminalität in einem solchen Ausmaß wie in Russland.

In der Ukraine ist die Mafia organisierter als in Russland. Aber noch nie gab es in der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit im August 1991 nach Meinung des Parlamentsabgeordneten Gennadij Moskal eine solche Gesetzlosigkeit wie gegenwärtig.

Über die Verflechtung der Organisierten Kriminalität mit dem Staat: Für Russland wurde die „Staatswerdung der Mafia“ festgestellt. Einige Gebiete der Ukraine befinden sich unter der Kontrolle der kriminellen „Autoritäten“, die diese Regionen mit Hilfe staatlicher Strukturen beherrschen.

In Belarus ging – im Gegensatz zu Russland – die alltägliche Korruption zwar zurück, dafür nahm aber die Korruption auf der obersten Ebene zu. In Moldowa bildet sich eine kriminelle Situation wie in den 90er Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion heraus, als die organisierte Kriminalität das Land paralyisierte. Die kriminellen Gruppen teilten Moldowa unter sich auf und operierten ungeniert unter einem politischen Dach und nutzten für ihre Zwecke die Rechtsschutzorgane.

Laut russischem Wirtschaftsministerium wurden 2010 in Russland 4,1 Mrd. € Korruptionsgelder gezahlt, nach Meinung der Korruptionsforschungsstiftung INDEM 2012 300 bis 500 Mrd. €. Nach Aussage des ukrainischen Präsidenten verliert der Staat durch Korruption jährlich 2,5 Mrd.

Die Schattenwirtschaft, in der in Russland 17 % bis 18 % der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet, erreicht eine Größenordnung von 16 % des BIP. In der Ukraine ist die Schattenwirtschaft größer und machte im ersten Quartal 2012 34 % des offiziellen BIP aus. In Belarus hatte die Schattenwirtschaft 2008 einen Umfang von 22,3 % des BIP. In Moldowa waren in der Schattenwirtschaft, die 2011 einen Umfang von 12,7 % des BIP hatte, 12,7 % aller Beschäftigten tätig gewesen.

<sup>61</sup> <http://kp.md/daily/25913/2867095/>



Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität versuchen nur deren Symptome zu kurieren, ohne deren Ursachen wirklich anzugehen. Die OK entsteht in Staaten, die sich in der Transformationsphase des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft befinden. Die zu diesem Zeitpunkt geltenden Wirtschaftsgesetze stammen noch aus der Planwirtschaft und erfassen nicht die Marktwirtschaft.

Hinzu kommt, dass in den kommunistischen Staaten die kommunistische Partei der Machtfaktor war, der alle Bereiche durchdrang. Die KP stellte auch den Plan auf und organisierte die gesamte Wirtschaft. Der Staatsapparat war nur ausführendes Organ, der nicht Verantwortung für seine Maßnahmen zu übernehmen hatte, denn diese lag bei der Partei. Als schließlich nach dem Putsch im August 1991 von Boris Jelzin die KPdSU verboten wurde, blieb nur der Staat übrig, der schwach war und über keine Erfahrung verfügte, auf einmal als verantwortlicher Akteur zu handeln.

Und schließlich hatte sich im riesigen russischen Zarenreich, zu dem die Ukraine und Belarus angehörte, die Tradition herausgebildet, dass Gesetze nicht zu beachten sind und dass der örtliche Herrscher der eigentliche Zar ist, da der Zar-Imperator weit weg ist. Moldowa war ein Vasallenstaat des Osmanischen Imperiums, dem Korruption ebenfalls nicht fremd war.

Ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Organisierter Kriminalität, Korruption und Schattenwirtschaft ist das Bestehen einer nicht nur formal, sondern wirklich unabhängigen Rechtssprechung. In den untersuchten Ländern fehlen das Verständnis und der Wille, die Gewaltenteilung wirklich anzuerkennen und sich einer unabhängigen Gerichtsbarkeit zu beugen. Zudem besteht in den untersuchten Ländern keine Tradition einer ausdifferenzierten Rechtswissenschaft, weswegen es an einer breiten gut ausgebildeten und erfahrenen Richterschaft fehlt. Und es mangelt auch an guten Gesetzen, weil deren Autoren nicht immer ausreichend kompetent sind.

Bei der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität, Korruption und Schattenwirtschaft können unabhängige Medien und eine lebendige Zivilgesellschaft helfen, die diese Verbrechen und Missstände aufspüren und öffentlich anprangern. Beides fehlt in den untersuchten Ländern in unterschiedlichem Maße. Und es mangelt schließlich an einer wirklichen politischen Konkurrenz, am Bewusstsein, dass politische Macht nur Macht auf Zeit ist und dass Regierungen abgewählt werden können.

In Russland, der Ukraine, Belarus und Moldowa sind politische Konkurrenz, unabhängige Gerichte, freie Massenmedien und eine mündige Zivilgesellschaft erst in unterschiedlichen Ansätzen vorhanden. Bis sie sich voll ausgebildet haben bzw. entstehen durften, wird noch eine längere Zeit vergehen. Dieser Prozess wird abgeschlossen sein, wenn aus Transformationsgesellschaften moderne Gesellschaften geworden sind. Bis dahin werden in diesen Ländern Organisierte Kriminalität, Korruption und Schattenwirtschaft in großem Maße weiterbestehen.

\*\*\*